



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die
Mitglieder der Arbeitnehmergruppe

Arbeitnehmergruppe
Axel Knoerig MdB
Vorsitzender

nachrichtlich: Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-71729

www.cducusu.de

Berlin, 14. Dezember 2023

Übersicht zu den Haushaltsplänen der Ampel

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

anbei übersenden wir Ihnen eine Übersicht über die Einigung der Ampel-Regierung zum Haushalt 2024 mit Auswirkungen auf Verbraucher und Unternehmen.

- Der KTF bleibt zentrales Instrument für den klimafreundlichen Umbau. Die zentralen Säulen (Wasserstoffwirtschaft, Dekarbonisierung der Industrie, Beibehaltung der EEG-Umlage, Heizungsförderung) bleiben erhalten.
 - o Dieser wird 2024 um 12 Mrd. Euro und bis 2027 um 45 Mrd. Euro gekürzt werden. Er beträgt dann 160 Mrd. Euro.
- **Anhebung des CO2-Preises.** Dies wirkt sich auf Sprit, Heizöl oder Gas aus – Anhebung von aktuell 30 Euro pro Tonne auf 45 Euro pro Tonne statt ursprünglich 40 Euro pro Tonne. 2025 soll der CO2-Preis auf 50 Euro und 2026 auf 55 bis 65 Euro je Tonne steigen.
 - o Für die **Gas**-Preise bedeutet dies lt. Check24 für einen vierköpfigen Haushalt mit 20.000 Kilowattstunden Jahresverbrauch eine Nettoerhöhung von etwa 60 Euro.
Da auch die **Gaspreisbremse** zum Ende des Jahres ausläuft, steigen die Kosten zusätzlich an. Laut Check24 sind das noch einmal 90 Euro, die für den Musterhaushalt anfallen. Durch die Preisbremsen wurden 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs des Arbeitspreises gedeckelt - beim Gas auf 12 Cent, beim Strom auf 40 Cent, jeweils pro Kilowattstunde.
Ebenfalls wird die Mehrwertsteuer wieder auf 19 Prozent angehoben, nachdem sie ab 2023 auf 7 Prozent abgesenkt worden war. Diese macht bei dem Musterhaushalt etwa 217 Euro aus.
Insgesamt könne der Gasbezug demnach um fast 370 Euro teurer werden.

- **Strom** wird durch Kürzung des Bundeszuschusses zu den Stromnetz-Kosten ebenfalls teurer. Die vier Übertragungsnetzbetreiber Amprion, Tennet, Transnet und 50Hertz teilten mit, dass die Netzentgelte 2024 auf mehr als das Doppelte steigen würden – von 3,12 Cent pro kWh in diesem Jahr auf 6,43 Cent in 2024, da der zunächst zugesagte Zuschuss von 5,5 Milliarden Euro zur Stabilisierung der Netzentgelte nun doch nicht fließen wird.
Da die Netzentgelte regional variieren, wird mit zusätzlichen Kosten für einen Musterhaushalt mit einem Stromverbrauch von 4.000 bis 5.000 Kilowattstunden von 100 bis 200 Euro im Jahr gerechnet.
- **Benzin und Diesel** werden um 1,4 bis 1,6 Cent je Liter teurer – durch eine zuvor bereits beschlossene Anhebung von 4,3 bzw. 4,7 Cent wird Tanken ohnehin teurer. Aktuell zahlen Verbraucher rund 47 Cent Steuern pro Liter Diesel. Landwirte erhalten davon beim Agrardiesel etwa 21 Cent zurück.
- **Abschaffung** der Steuervergünstigungen für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft – **Agrardiesel**
 - Dies bedeutet für die betroffenen Unternehmen eine zusätzliche Steuerlast von etwa 440 Mio. Euro. Gleichzeitig wird die Kfz-Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge gestrichen, so dass eine zusätzliche Gesamtsteuerlast von 900 Mio. Euro zu erwarten ist.
 - Hinzu kommen die durch die CO₂-Preissteigerungen erhöhten Benzin- und Dieselpreise.
 - Es ist zu erwarten, dass die Agrarunternehmen die erhöhten Kosten auf den Endverbraucher umlegen werden. Damit sind auch erhöhte Kosten für Nahrungsmittel wahrscheinlich.
- **EU-Plastikabgabe** – Diese wurde seit der Einführung im Jahr 2021 aus dem Bundeshaushalt an die EU entrichtet und beträgt pro nicht-recyclbares Kilo Plastikmüll 80 Cent. Dies machte für 2021 und 2022 jeweils 1,4 Mrd. Euro für etwa 1,7 Mio. Tonnen Plastikmüll aus.
 - Diese soll nun nach dem Verursacherprinzip durch die Unternehmen übernommen werden. Diese werden die Kosten jedoch vermutlich ebenfalls an die Endverbraucher weitergeben.
 - Sollten die Plastikhersteller die Abgabe vollständig an die Verbraucher weitergeben, könnte das bei einem durchschnittlichen Verbraucher in Deutschland pro Kopf im Jahr etwa 30 Euro an Plastiksteuer ausmachen – lt. Statistik von 2019.
- Einführung einer **Kerosinsteuer**. Kerosin ist aufgrund internationaler Vereinbarungen der UN-Luftfahrtbehörde ICAO so gut wie überall auf der Welt

steuerfrei. Seit 2005 gestattet die EU ihren Mitgliedsländern allerdings die Einführung einer Steuer auf kommerzielle Inlandsflüge. Norwegen verlangt beispielsweise 13 Cent pro Liter Kerosin. Die EU-Kommission plant mit bis zu 45 Cent.

Dass eine Kerosinsteuer für die EU eingeführt wird, ist angesichts des Einstimmigkeitsprinzips bei Steuerfragen jedoch unwahrscheinlich. Neben erhöhten Kosten für den Verbraucher besteht die Gefahr, dass Airlines in einem anderen Land ohne Kerosinsteuer tanken.

- Kürzung des **Sozialtats** um 1,5 Mrd. Euro, für „mehr Treffsicherheit bei Sozialleistungen“. So sollen Ukrainer schneller in Arbeit vermittelt werden.
- Kürzung der **Solarförderung** – bislang keine Einzelheiten. Der Aufbau neuer Photovoltaik-Fabriken in Deutschland wird jedoch davon betroffen sein. Die Förderung über die EEG-Umlage sei hingegen nicht betroffen.
- Kürzung der Hilfen bei **Austausch von Heizungen** um etwa 3 Mrd. Euro. Der so genannte „**Geschwindigkeitsbonus**“ soll nicht wie geplant von 20 auf 25 Prozent der beim Heizungsaustausch entstehenden Kosten erhöht werden. Ihn erhalten Haushalte, die ihre Heizung bis Ende 2024 austauschen. Gleichzeitig wird der Bonus nun doch nicht wie geplant neben Besitzern von selbstgenutzten Immobilien auch an Vermieter und Wohnungskonzerne ausgezahlt. Ebenfalls entfällt der geplante **Konjunktur-Booster** über 30 Prozent Förderung für eine neue Dämmung oder andere Maßnahmen an der Gebäudehülle des Eigenheims.
- Auslaufen der **Prämien bei Kauf eines E-Autos** – der Umweltbonus soll gegebenenfalls statt bis Ende 2024 bereits zum Ende 2023 auslaufen. Zuletzt konnten Käufer eines E-Autos in Deutschland mit einer Gesamtförderung von bis zu 6750 Euro rechnen. Davon kamen 4500 Euro vom Staat. In diesem Jahr waren für den Umweltbonus 2,1 Milliarden Euro eingeplant. Bis zum 3. Juli waren nach BMWK-Angaben bereits 1,72 Milliarden Euro ausgezahlt. Daher wurde erst im Juli eine Aufstockung des Budgets um 400 Mio. Euro auf den Weg gebracht.
Von Januar bis November 2023 wurden etwa 470.000 Elektroautos in Deutschland neu zugelassen. Insgesamt sind 1,3 Millionen Elektroautos in Deutschland zugelassen. Bis 2030 sollen es nach dem Willen der Bundesregierung 15 Millionen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Axel Knoerig MdB